

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 77 (1997)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Die Nato-Osterweiterung 1997? : Chancen und Gefahren  
**Autor:** Spanik, Stefan  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-165711>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Stefan Spanik

# DIE NATO-OSTERWEITERUNG 1997?

## Chancen und Gefahren

*Nach einem Jahr der diskursiven Ruhe um die Nato-Osterweiterung steht in diesem der Eintritt, mindestens aber die «Einladung zum Eintritt» in die Nato, für einige der Visegrad-Staaten vor der Tür<sup>1</sup>.*

Seit dem Jahreswechsel 1992 auf 1993 wurde die Idee von der «Osterweiterung der Nato» in West- wie Osteuropa zunehmend mehr diskutiert. In kluger Voraussicht auf die in den kommenden Jahren anstehenden Entscheidungen über neue Mitglieder, forderte der Schweizer Nationalrat *Elmar Ledergerber* den Generalinspekteur der Deutschen Bundeswehr und Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses, General *Klaus Naumann*, schon im September 1992 auf, «*die Russen in die Nato aufzunehmen*», um zukünftig alle Probleme los zu sein. Schon damals dämpfte der deutsche Generalinspekteur die optimistische Haltung Nationalrat Ledergerbers und der Schweizer Offiziere, indem er aus geopolitischen und mehr noch aus globalstrategischen Überlegungen gerade eine solche Nato-Erweiterung im Sinne der Sicherheit und Stabilität der euroatlantischen Allianz ablehnte. Inzwischen wurde das Problem zwar weiter diskutiert, jedoch nicht gelöst und hat bei zunehmender Option von mitteleuropäischen Staaten – inzwischen sind es 15, die sich für einen Beitritt in die Atlantische Allianz interessieren – wie 1992 hohe Aktualität.

### Rückblick

Bereits 1993 gab die Nato eine Untersuchung über die «Konsequenzen einer Osterweiterung» in Auftrag. Nach dieser schon 1994 vorgelegten Studie sollten innerhalb der Nato-Staaten ein verstärkter sicherheitspolitischer Diskurs über die Osterweiterung geführt werden. Trotzdem waren die Vorstellungen über eine solche Öffnung nach Osten, die selbstverständlich nach Art. 10 des Nato-Vertrags von 1949 möglich ist, innerhalb der Mitglieder sehr divergent. Zwar können «*die Parteien (...) durch einstimmigen Beschluss jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrages zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebietes beizutragen, zum Eintritt einladen*»<sup>2</sup>, doch ist der Meinungs-

bildungsprozess innerhalb der Allianz wenige Jahre nach dem Zerfall des Sowjetsystems noch nicht zu einem Konsens gekommen. Ausserdem warfen die amerikanischen und russischen Präsidentschaftswahlen ihre Schatten voraus, und die beiden Grossmächte konnten keine «ausserpolitische Gewitterwolken» während der Wahlkampfzeit gebrauchen. Dies war letztlich auch der Grund für die anfangs erwähnte diskursive Ruhe.

Anfänglich hatten *Clinton* wie *Kohl* für eine schnelle Nato-Osterweiterung plädiert. Als aber die Republikaner in den USA mit ihrer sicherheitspolitischen Konzeption des «Contract with America» im November 1994 ihre aussenpolitische Agenda öffneten, konnte die Clinton-Administration nur noch rasch das Konzept «Partnership for Peace» in die sicherheitspolitische Waagschale werfen. Dass gleichzeitig Helmut Kohl seinem Freund *Boris Jelzin* vor der Wahl und während der Herzoperation vor zu vehementen Nato-Beitrittsforderungen der Polen und baltischen Staaten bewahren wollte, ist verständlich und sinnvoll.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wird deutlich, weshalb in der «Studie über die Nato-Fortschreibung» von 1994 unter anderem empfohlen wurde, mit der grundsätzlich für wichtig erklärten Osterweiterung der Nato bis nach den Wahlen in Washington und Moskau zu warten, sie aber dann mit der gebotenen Sorgfalt zügig durchzuführen. So gesehen steht jetzt fest: Die Nato wird erweitert werden. Mit wem und wann, das wird sich im Laufe des Jahres 1997 zeigen.

### Folgen der Nato-Osterweiterung

Für die Visegrad-Staaten bedeutet die Nato-Osterweiterung das Heranführen an westliche Wirtschafts- und Politikstrukturen bei Befriedigung sicherheitspolitischer Bedürfnisse (der Furcht vor Russland); für die *baltischen, kaukasischen* und

*andere ehemalige Sowjetrepubliken* die Schaffung und Sicherung grösserer Unabhängigkeit und Freiheit gegen etwaige wiederkehrende Hegemonialansprüche Russlands; für die anderen *mittel- und südost-europäischen Länder* Schutz durch Unterordnung unter das nordatlantische Sicherheitssystem und Herstellung geordneter und stabiler Machtstrukturen auf dem Balkan; für *Frankreich* indirekten Machtzuwachs und Erweiterung des Einflussbereichs Westeuropas, Deutschlands und Amerikas, Übernahme von Nato-Kommandozentralen durch französische Militärs und Sicherheitspolitiker (ein Unterfangen, das von amerikanischer Seite skeptisch betrachtet wird); für *England* indirekten Machtverlust durch Erweiterung des Einflusses Deutschlands in Osteuropa, Schwächung des englischen Einflusses in Zentralasien und auf dem Balkan, Verminderung der sogenannten «special relations» zwischen den USA und London (die *Major* und *Clinton* aus persönlichen Reserviertheiten sowieso nicht besonders pflegen konnten); für *Deutschland* die Übernahme der eigentlichen Führungsrolle unter den europäischen Nato-Partnern, Sicherung und Erweiterung der deutschen Interessen in Osteuropa, Aufwertung Deutschlands zum wichtigsten Nato-Verbündeten der USA in Europa, Bedeutungszuwachs Deutschlands für die europäische Sicherheit, Aufstieg zum wichtigsten counterpart in sicherheitspolitischen Fragen für Russland und andere mitteleuropäische Staaten (hierbei vermeiden die deutsche Aussenpolitik bewusst die nationale Bezeichnung «Deutschland» und spricht zeitgemässer von der Grossmacht «Westeuropa»<sup>3</sup>); für *kleinere, mehr oder weniger neutrale Staaten Westeuropas*<sup>4</sup> die Unterordnung unter den Nato-Sicherheitsschild und allmähliches Hineinwachsen in die strategischen Strukturen der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation, Minderung des Neutrali-

Ein «overscheduling», das heisst die Gefahr einer Überfrachtung der Nato, wäre bei einer zu breiten Öffnung für neue Mitglieder unvermeidlich.

tätsstatus' und der Autonomie; für *Nordamerika* die Erweiterung des westlichen Bündnissystems und seiner Wertegemeinschaft, Machtgewinn, Verminderung der US-Streitkräfte in Westeuropa, vorsichtiger Rückzug auf die «Weltinsel» Amerika als zukünftige maritime Weltmacht, allmähliche Abwendung der Amerikaner von Westeuropa; für *Russland* und sein

nahes Ausland die Einbindung in die nordatlantischen Sicherheitsstrukturen oder Zurückdrängung der Macht Russlands, Ausgrenzung aus der atlantischen Wertegemeinschaft, Verlust des Einflusses in Mitteleuropa, den indirekten Verweis der russischen Interessen auf den kaukasischen und zentralasiatischen Bereich.

Betrachten wir die einzelnen Vorstellungen dieser Länder und Staatengruppen, die diese mit dem Nato-Beitritt verbinden, so wird deutlich, dass nicht nur die einheitlichen sicherheitspolitischen Interessen der Nato die vielfältigen Vorstellungen einzelner Staaten nivellieren können, sondern dass umgekehrt auch die Gefahr einer Entgrenzung und Aushöhlung (so General Naumann) gegeben ist. Ein «overscheduling», das heisst die Gefahr einer Überfrachtung der Nato, wäre bei einer zu breiten Öffnung für neue Mitglieder unvermeidlich.

### Optionen der Nato-Osterweiterung

Welche Perspektiven bietet die Nato-Osterweiterung den bisherigen Mitgliedern?

Im vergangenen Herbst fanden erfolgreiche informelle Gespräche über die Osterweiterung im norwegischen Bergen statt. Im Dezember 1996 wurden weitere Gespräche über die nächsten Schritte der Nato-Öffnung nach Osten in Brüssel geführt. Mindestens drei Optionen wurden beim Nato-Rat dabei diskutiert, um für 1997 eine entsprechende Agenda für die beitrittswilligen Länder festzuschreiben.

Die *Minimaloption*, die innerhalb der Nato-Administration viele Befürworter hat, möchte zunächst einmal den Beitritt von höchstens einem Land befürworten. Dabei denkt man vorrangig an Polen. Durch eine zielstrebige Problemminderung soll der Status quo der Nato erhalten bleiben.

Die *Maximaloption* geht davon aus, mindestens die drei bedeutendsten Visegrad-Staaten, nämlich Polen, Tschechien und Ungarn, aufzunehmen. Alle drei Länder haben ein verstärktes Sicherheitsbedürfnis und bezüglich ethnischer Minderheiten am wenigsten Probleme, die sie in die Nato einbringen würden. Deutschland möchte aus moralischen Erwägungen besonders Ungarn die Priorität zum Nato-Beitritt einräumen<sup>5</sup>. Die USA und England sehen in Polen den Vorreiter zum Eintritt in die Atlantische Allianz. Je weniger ethnische oder religiöse Konflikte ein Nato-Anwärter mitbringt und je enger er sich an die bestehenden Ostgrenzen der Nato-Staaten anbinden lässt, desto grösser sind seine Beitrittschancen, so die These.

Schliesslich gibt es noch eine *Integrative Option*. Diese geht davon aus, dass alle osteuropäischen Staaten einschliesslich Russland in enger Zusammenarbeit mit den heute bestehenden europäischen Insti-

tutionen (EU, OSZE, EG) sukzessiv in die nordatlantische Verteidigungs- und Wertgemeinschaft hineinwachsen. Diese Option berücksichtigt am meisten das Schutz- und Sicherheitsbedürfnis osteuropäischer und unter Umständen auch südosteuropäischer Staaten, ohne dabei irgendeinen Staat auszugrenzen oder zu brüskieren. Allerdings wird auch der Eintrittszeitpunkt nicht festgeschrieben und damit auf ein unbestimmtes Datum verlegt. Erst wirtschaftliche Zusammenarbeit, Kooperation und Arbeitsteilung schafft die Voraussetzung zum späteren Eintritt in die Nato-Schutzgemeinschaft.

Gerade die letzte Option schreibt in gewisser Weise, wenn auch mit anderem Vorzeichen als die Option 1, den Status quo fest. Russland verwirft beispielsweise diese offene, unverbindliche Option aus zwei Gründen: Einmal, weil es keinen Platz für seine Sonderrolle als mächtigster eurasischer Staat darin hat, und zum anderen, weil es dabei eine verdeckte, ja schleichende Machterweiterung der Nato und der in dieser Vereinigung dominierenden USA sieht. Selbstverständlich wird auch eine zu rasche Osterweiterung der Nato von Deutschland, das immer noch «Angst vor der Macht»<sup>6</sup>, die ihm dadurch zuzufallen, hat, nicht gewünscht. Die Deutschen wissen beispielsweise sehr genau, dass spätestens nach einer erfolgten breiten Osterweiterung der Nato – mit oder ohne Russland, wobei ersteres völlig illusorisch ist – der US-Wähler nicht mehr nachvollziehen könnte, weshalb seine GI's weiterhin in Karlsruhe oder Kai-

serslautern, in Wiesbaden oder Würzburg stationiert bleiben sollten. Ein zu rascher Machtzuwachs Deutschlands könnte in West- wie Osteuropa kontraproduktive Folgen haben. Andererseits vertritt hierbei Deutschland aber auch die Interessen der anderen Westeuropäer, die nicht wünschen, in ethnische oder religiöse Konflikte hineingezogen zu werden, noch ehe sie sich selbst zu einer kraftvolleren Europäischen Föderation zusammengefügt haben. Auch nach der bevorstehenden ersten Osterweiterung gilt noch immer die Frage: Quo vadis Nato? ♦

<sup>1</sup> Visegrad-Staaten: Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei.

<sup>2</sup> So der Art. 10. des Nato-Vertrags vom April 1949.

<sup>3</sup> Klaus Naumann: «Die Nato – Kernelement für Frieden und Stabilität in Europa» In: Europäische Sicherheit, Nr. 10, Oktober 1996, S. 10.

<sup>4</sup> So etwa die Schweiz, Österreich, Finnland, Schweden und Malta.

<sup>5</sup> Immerhin hat Ungarn bereits ab 1987 als erstes kommunistisches Land zur «Durchlässigkeit» des Eisernen Vorhangs wesentlich beigetragen und ab September 1989 seine Westgrenze für DDR-Bürger geöffnet.

<sup>6</sup> Gregor Schöllgen: Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Aussenpolitik. Berlin, Frankfurt am Main 1993.

STEFAN WERNER DIETER SPANIK ist 1940 in Mannheim geboren. Nach dem Studium der Geschichte, Psychologie und Erziehungswissenschaften in Heidelberg und Berlin war er 1979 bis 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin. 1989 bis heute Lehrer und Dozent an der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg.

## Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

*Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken), welche die Schweizer Monatshefte aus finanziellen Gründen nicht regelmässig beziehen können. Es ist uns nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 89.– (Ausland Fr. 110.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigelegte Geschenk-Abo-Karte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!*

*Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich  
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05*